

Bewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 23. Mai 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Pfingstgedanken 1931

W

ieder feiern Millionen Menschen aller Kulturstaaten Pfingsten; teils aus der Tradition kirchlich-religiöser Weltauffassung, teils aber auch aus der staatlich-gesetzlichen Festlegung dieser Festtage heraus. Es müssen diese staatlich-gesetzlichen Einschränkungen, die für die christlichen Feiertage eingerichtet sind, auch von der Arbeitnehmerschaft festgehalten werden, um wenigstens so in der Hast und Unruhe unserer Zeit einige Feiertage zu gewinnen. Aber haben nicht gegenwärtig fast fünf Millionen Menschen in Deutschland, und mehr denn 20 Millionen in allen Kulturländern „Feiertag“? Sie sind ausgeschaltet aus dem Produktionsprozeß, und weder Kirche noch Staat waren bislang in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Es gibt auch nur eine Abhilfe:

Aenderung des jetzigen Wirtschaftssystems!

Aehnlich wie es in der Pfingst-Legende heißt: „Gehet hin in alle Welt und predigt allen Völkern die neue Lehre“, müssen wir in diesen Pfingsttagen auch die Lehre des Sozialismus erneut allen Völkern, insbesondere aber allen Arbeitnehmern ins Gedächtnis rufen. Der Kapitalismus war bis Kriegsausbruch zu einem gewissen Höhepunkt gekommen, hart umdrängt von der Gegnerschaft der Marxisten, die in der Hauptsache in der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft aller Länder ihre Anhänger hatten. Fast einheitlich war dieser Zug der organisierten Millionenheere des Sozialismus, und doch noch nicht stark genug, den Krieg zu verhindern oder auch nur in den Nachwehen der Kriegszeit das kapitalistische System umzuwerfen. Denn wir haben auch heute das kapitalistische Wirtschaftssystem in Reinkultur!

Mögen die bürgerlichen Parteien ihre Ideale noch mehr in der Vergangenheit suchen und dem absolutistischen System oder dem System der unbedingten Herrschaft der „Wirtschaftsführer“ im Staat das Wort reden; mögen die Nationalsozialisten das jetzige verrottete und vermorschte kapitalistische System als „marxistisch“ bezeichnen: Es ist elende Heuchelei! Die Leute um Hitler wissen ganz genau, daß sie wahrheitswidrig das jetzige System als das Staats- und Gesellschaftssystem der Arbeitnehmerschaft zu kennzeichnen versuchen.

Wir sind nach wie vor strikteste Gegner des jetzigen Systems, und nur dann werden wir uns vorübergehend mit einigen Begleiterscheinungen dieses Systems abfinden müssen, wenn ein noch schlimmeres System — etwa das der Nationalsozialisten und des Faschismus — droht.

Das System des Sozialismus will, daß der Mensch und sein Wille als Träger der Gesellschaft anerkannt wird, daß Technik und Maschine der gesamten Menschheit unterstellt und nicht zum Nutzen einzelner willkürlich angewandt werden, wie das heute der Fall ist. — In alle Welt hinein wollen wir am Pfingsttage den Gedanken wachrufen, daß wir nicht ruhen werden, bis dem jetzigen Wirtschaftssystem des Kapitalismus ein Ende bereitet ist. Nicht rückwärts liegen unsere Ideale, nicht in der Vorkriegszeit oder in irgendeiner anderen Vergangenheitsepoche der Menschheit, sondern wir wollen Schritt um Schritt auf dem Wege über die öffentliche Wirtschaft zur Planwirtschaft kommen. Die Planwirtschaft aber soll eine Stufe sein zum Sozialismus. Auch wir wollen mit feurigen Zungen predigen, und wir haben wahrlich Anklagematerial gegenüber dem jetzigen System in Hülle und Fülle in der Zeit des Lohn- und Gehaltbaues, in den Zeiten einer Wirtschaftspolitik, die für die Millionen Arbeitslosen nicht nur unverständlich ist, sondern überhaupt für jeden ernsthaft Nachdenkenden und menschlich Empfindenden. Wir bekennen uns zum Wirtschaftssystem des Sozialismus. Wir fordern die Gleichberechtigung aller auf wirtschaftlicher und politischer Grundlage unter völliger Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise. In diesen Pfingsttagen allen unseren Kollegen das zum Bewußtsein zu bringen, erscheint uns wichtig und notwendig.

Nicht aber Gewaltpolitik und Diktatur führen zu diesem Ziel. Mag in anderen Ländern eine andere Methode möglich sein zur Erreichung sozialistischer Wirtschaft und sozialistischen Gemeinwesens; in Deutschland ist das System der Gewalt und der Diktatur weder von der Arbeitnehmerschaft tragbar noch durchführbar. Es würde auch alle reaktionären Kräfte gegen uns mobil machen und die wenigen Ansätze vernünftiger Politik im anderen Lager aufheben. So müssen wir in dieser Notzeit, wo wir von Feinden umringt sind und ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft den Pionieren und Trägern der sozialistischen Idee in den Rücken fällt, klipp und klar unsere Pfingstparole ausgeben. Sagt allen anderen Arbeitnehmern — ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte —, daß sie zusammenstehen müssen in der Einheitsfront der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Klärt alle Gleichgültigen und Widersacher auf in unermüdlicher, nicht rastender Arbeit, bis wir den Pfingstgedanken durchführen können. Dieser Pfingstgedanke lautet:

„Die neue Gesellschaft ist die Gesellschaft des Sozialismus, in der alle Menschen Brüder sind, und niemand über Mensch und Maschine verfügt, denn diese Menschheit selber.“

Die Resolutionsfabrik

Leider fehlt in der deutschen Gewerbestatistik die Rubrik der Resolutionsfabriken. Ihre Zahl ist wahrlich nicht gering, und wenn es irgendwo eine Ueberkapazität gibt, dann auf dem Gebiet des Vereinswesens. Was sollen diese vielen Gebilde schließlich auch weiter tun, als Resolutionen verfassen, damit die unachttsame Menschheit nicht die Existenz dieses oder jenes Klubs vergißt. Immerhin, wir sind tolerant, und solange von übereifrigen Vereinsvorständen Entschlieungen verbrochen werden, deren Inhalt oder seine Verwirklichung niemand nutzt oder schadet, gehen wir darüber stillschweigend zur Tagesordnung über. Die Sache wird erst anders, wenn die Erzeugnisse solcher Resolutionsfabriken in einer derartigen Fülle auf den Markt geworfen werden, daß ihre Masse geeignet erscheint, die Gehirne zu vernebeln. Richten sich dann noch die zweifelhaften Fabrikate gegen die Arbeitnehmerschaft, so wird es für die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der deutschen Arbeitnehmer zu einer unangenehmen Pflicht, diesem Unfug etnige Worte zu widmen. Die rühmlichste Resolutionsfabrik von seiten des organisierten Unternehmertums ist der Hansabund. Aus dem politischen Almanach für das Deutsche Reich erfahren wir über diesen seltsamen Verein nur, daß sein voller Name „Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie“ lautet und seine Geschäftsführung in Berlin in der Dorotheenstraße beheimatet ist. Die Resolutionen dieses Bundes für „Gewerbe, Handel und Industrie“ aber sind weltbekannt. Neben der Fülle der einzelnen Typen ist die Sicherheit des Tones, in dem sie abgefaßt sind, hervorzuheben. Der Hansabund weiß mit treffender Sicherheit, wie dieser oder jener Zweig der Sozialversicherung zu sanieren ist, wie im Reichsetat Hunderte von Millionen eingespart werden können, wie die schwere Wirtschaftskrise überwunden werden kann und vieles andere noch. Zu all den Fragen liegen Denkschriften und Resolutionen in Hülle und Fülle vor. Und es liegt nur an der politischen Unreife der Deutschen, daß sie den ersten Syndikus des Hansabundes noch nicht zu ihrem Reichskanzler oder Diktator gemacht haben. Alles Elend wäre dann vorbei, und wie schon einmal gingen wir im Laussschritt den herrlichsten Zeiten entgegen. Bisher hat man das leider verfehlt, aber angesichts der furchtbaren Wirtschaftskrise, die zurzeit den Erdball erschüttert, sollte man auch das Hansabund-Rezept zu ihrer Beseitigung einmal beachten. Es liegt frisch gebaden vor uns. Der Hansabund hat nicht etwa wie jeder gewöhnliche Verein einen Vorstand, sondern ein Präsidium. Und besagtes Präsidium, in dem namhafte Leute aus der „Wirtschaft“, der Politik und der Wissenschaft vertreten sein sollen, verkündete dieser Tage der unter der Krise leidenden Menschheit ihr Evangelium. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte es unter der Ueberschrift „Für freiere Wirtschaft“. Also nicht für die ganz freie Wirtschaft wird votiert, sondern nur dafür, daß diese um einige Grade freier sein soll als sie heute ist. Und dann erfahren wir, immer nach der „Frankfurter Zeitung“, „es gelte, den Tatbestand klarzulegen, daß die kollektivistisch orientierte Wirtschaftsgesetzgebung, die Fesselung der freien Marktwirtschaft, die Ursache der heutigen Not sei, daß der Sozialismus versagt habe und allein in der Privatwirtschaft die nötigen sozialen und kulturellen Aufbaupkräfte liegen“. Endlich ist einmal der wahre Krisengrund entdeckt. Er liegt in der kollektivistisch orientierten Wirtschaftsgesetzgebung, die die Hansabund-Resolutionäre mit Sozialismus gleichsetzen. In England und Amerika, also zwei Staaten, die von der Wirtschaftskrise ebenfalls sehr stark mitgenommen sind, denn beide Länder haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl noch mehr Arbeitslose als wir, muß demnach der Sozialismus noch viel weiter fortgeschritten sein als bei uns. Das ist doch die logische Schlussfolgerung aus dieser hansabundlerischen Erkenntnis. Aber wir wollen diesen Unsinn gern einmal als wahr hinnehmen und den Hansabund

bitten, dort mit den kollektivistischen Tendenzen aufzuräumen, wo er Einfluß hat. Das ist das „freie“ Unternehmertum. Es hat die Freiheit des einzelnen geopfert und läßt sich die Preise von einem Kollektivum festsetzen. Ein anderes Kollektivgebilde wieder schreibt den „freien“ Unternehmern vor, wieviel sie produzieren dürfen, indem es ihnen bestimmte Quoten zuweist, und endlich hat ihnen dasselbe Kollektivum auch die Freiheit der Kundenwahl genommen. Es verkauft alle Produkte auf Rechnung des freien Unternehmers und verbietet ihm bei hohen Konventionalstrafen das selber zu tun. Diese beiden Kollektiva heißen Kartell und Syndikat. Die Kartellstelle des kollektivistischen Reichsverbandes der deutschen Industrie hat einmal die Zahl der vorhandenen Kartelle und Syndikate auf über 3000 angegeben. Hansabund, ran an den Feind! Stürze die Mauer, hinter der er sich verjanzt! Die Mauer, die dieses Gebilde schützt, ist unser im Bürgerlichen Gesetzbuch verankertes Vertragsrecht. Aber nein, die Herren vom Hansabund scheinen mit dem Kollektivismus etwas anderes zu meinen. Sie fordern nämlich weiter, daß „durch umfassenden Abbau der öffentlichen Ausgaben und der Forderung nach strengster Sparsamkeit sowie Auflockerung der die Erstarrung des Wirtschaftskörpers verursachenden Wirtschaftsgesetze die Gesehtungskosten gemindert und die aufbauenden Wirtschaftskräfte zu freier Entwicklung zurückgeführt werden müssen“. Mit dem umfassenden Abbau der öffentlichen Ausgaben und der Forderung nach strengster Sparsamkeit sind wir selbstverständlich einverstanden, denn wir wissen ja genau, daß der Hansabund, der auf allen seinen Feitbanketten das deutsche Kultur-niveau feiert, nicht etwa an einen Abbau der Ausgaben für die Volksbildung denkt. Nein, er meint damit sicherlich die dem Charakter der freien wirtschaftlichen Persönlichkeit ins Gesicht schlagende Subventionswirtschaft und schließlich auch den Wehretat. Und daran denken wir auch immer, wenn vor öffentlicher Sparsamkeit geredet und geschrieben wird. Im übrigen soll der Abbau der kollektivistischen Wirtschaftsgesetzgebung eine Senkung der Selbstkosten bringen. Schämten

Die Armeen der Arbeitslosen

Füße, Füße, Füße — — —
Füße in zerrissenen Schuhen,
Füße, die hungrige Leiber tragen
Und verzweifelte Herzen.
Füße, Füße, zahllose Füße
Zren auf harten Straßen umher,
Sie suchen, suchen,
Arbeit suchen sie.

Hände, Hände, Hände — — —
Ungezählte Hände
Sind verlangend ausgestreckt,
Hände, Hände, Hände,
Grobe, rissige Hände,
Verzweiflungsoll ringende Hände.
Sie klopfen an alle Türen,
Um Arbeit stehen sie.

Die Türen bleiben verschlossen,
Die Hände bleiben leer,
Die Füße laufen irrend
Auf harten Straßen umher.

Und hinter den irdischen Füßen
Geht mit stummer Miene die Not,
Und um die leeren Hände
Kreist die Sorge ums liebe Brot.

Hinter Stahl und Eisen verrammelt,
Das heilige Eigentum hält
Die reichen, übervollen
Vorratskammern der Welt.

Siddh Bisnann

sich denn die Herren des Hansabundes zu sagen, was sie damit meinen? Es würde ihnen doch nur zur Ehre gereichen, wenn sie das, was sie wollen, leicht verständlich fassen und in die Worte kleiden würden: Beseitigt die Tarifverträge und ihre reichsgesetzlich garantierte Unabdingbarkeit! Das versteht man doch wenigstens ohne allzu langes Nachdenken und Raten. Die Wirtschaftsgesetzgebung soll nämlich nur den Zweck haben, durch Zölle, Subventionen und den Schutz der Kartellverträge den Unternehmerlohn zu sichern. Sobald sie auch dem Schutze des Arbeitslohnes dient, dann zum Teufel mit ihr. So will es der Hansabund.

Im übrigen haben wir dieses saubere Gremium auch bezüglich des Abbaues der öffentlichen Ausgaben und der Sparsamkeit der öffentlichen Körperschaften mißverstanden. Die Hansabundler haben nicht an die Subventionen und den Wehretat gedacht, sondern sie sagen, „nur noch sehr radikale Einschnitte in den Kreis der öffentlichen Ausgaben und den bisherigen Umfang der Arbeitslosenversicherung würden helfen können, nachdem man allzu lange versäumt habe, die öffentlichen Leistungen mit dem Gesamtertrag der Wirtschaft in Einklang zu bringen“. Also bei der Arbeitslosenversicherung soll mit einem umfassenden Abbau begonnen werden. Die Millionen Arbeitslosen werden davon mit Interesse Kenntnis nehmen.

Zum Schluß sei dem Präsidium des Hansabundes gesagt, daß ihr Syndikus ein fauler Kopf ist. Er hat keinen einzigen neuen Gedanken entwickelt, sondern seine Arbeitgeber altbekannte Forderungen der Reaktion annehmen lassen. Diese sollten ihn dafür wegen Gedankenarmut entlassen. Aber das tun sie nicht, denn es fällt ihnen gar nicht auf.

Fr. Vogt.

Mitgliederbewegung und Wirtschaftskämpfe des G.-V. 1930

Im Verlaufe der ersten Junihälfte wird unser „Jahrbuch 1930“ zur Ausgabe gelangen. Dieser erste Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes dürfte weit über den Kreis unserer Verbandsmitgliedschaft hinaus größte Beachtung finden.

Das erste Jahr des Bestehens und Wirkens des Gesamtverbandes liegt abgeschlossen hinter uns. Es war in jeder Beziehung ein schweres Jahr. Die jetzt vorliegenden Resultate unserer Tätigkeit lassen jedoch klar erkennen, daß sich die neue Organisation auf allen Gebieten des so weitgespannten gewerkschaftlichen Wirkungskreises,

troß der überaus mißlichen wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage des vergangenen Jahres, aufs beste bewährte. Weil es mit Rücksicht auf die Kosten nicht möglich ist, das Jahrbuch allen Verbandsmitgliedern auszuhändigen, sollen die wichtigsten Zahlen und Angaben aus unserem Geschäftsbericht an dieser Stelle Platz finden. Wir beginnen mit einer Besprechung der Mitgliederbewegung und der vom Gesamtverband im Jahre 1930 geführten Wirtschaftskämpfe. Am Jahresluß bezifferte sich die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes auf 673 375. Nach der durchgeführten Zusammenlegung der früheren Einzelverbände, die am Ende des ersten Quartals 1930 als endgültig abgeschlossen betrachtet werden konnte, betrug die festgestellte Mitgliederzahl 683 190. Es ist also ein Verlust von rund 10 000 Mitgliedern eingetreten. Im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit, von der auch erhebliche Teile unserer Verbandsmitgliedschaft schwer heimgesucht worden sind, ein zwar an sich schmerzlicher aber unter Berücksichtigung aller Umstände doch nicht irgendwie ernst zu nehmender Verlust. Der Mitgliederrückgang erstreckt sich keineswegs auf alle Bezirke. Die Bezirke Groß-Berlin, Schlesien, Brandenburg, Nordwest, Hannover, Hessen, Württemberg und Mittel-

deutschland verzeichnen sogar geringe Mitgliederzunahmen. Von den Bezirken, die eine Mitgliederabnahme verzeichnen, sind Sachsen mit 3773, Rheinland mit 2581 und Westfalen mit 1886 die am stärksten betroffenen Verlustgebiete. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß z. B. gerade Sachsen die günstigste Beitragsleistung, nämlich einen Durchschnitt von 12,8 Beiträgen im vierten Quartal aufweist, wie überhaupt von der größten Bedeutung ist, daß die Beitragsleistung im Vergleich zum ersten Quartal insgesamt von 7 008 380 Stück im vierten Quartal auf 7 862 377 Stück, also um rund 854 000 Stück gesteigert werden konnte. Nach diesen Feststellungen ist der verzeichnete Mitgliederverlust eigentlich nur ein rein zahlenmäßiger, während das tatsächliche Bild der Entwicklung im Jahre 1930 eine fortschreitende innere Festigung und Konsolidierung des Mitgliederbestandes der Organisation zeigt. Ebenso unwiderleglich steht fest, daß wir bei einer halbwegs günstigeren Wirtschaftslage die Zahl von 700 000 Mitgliedern weit überschritten hätten. Das ergibt sich auch aus der Zahl der Neueintritte und Uebertritte, die sich im Jahre 1930 auf nicht weniger als 88 930 bezifferte. Darin

prägt sich die auch in der ungeheuerlichen Wirtschaftskrise der Gegenwart ungebrochene Werbekraft unseres Verbandes aus.

Unter den ungünstigsten Voraussetzungen mußten im vergangenen Jahre die Wirtschaftskämpfe geführt werden. Wir sind stolz darauf, daß es dennoch gelang, den weit-

aus größten Teil unserer Bewegungen erfolgreich abzuschließen. Die Gesamtzahl der Bewegungen im Jahre 1930 beziffert sich auf 698 in 25 673 Betrieben mit 390 521 Beschäftigten und 381 317 Beteiligten. Von den 698 Bewegungen waren 579 oder 83 Proz. erfolgreich, 15 oder 2,1 Proz. hatten teilweisen Erfolg und 104 oder 15 Proz. mußten leider mit negativem Ergebnis abgeschlossen werden. Neben den verschiedensten Verbesserungen der tariflichen Arbeitsverhältnisse

wurde durch unsere Lohnbewegungen eine jährliche Mehrlohnsumme von 10 147 154 Mk. für 130 903 beteiligte Personen erkämpft.

Von den an den Bewegungen Beteiligten waren organisiert 249 438 oder 65,4 Prozent. Ein starkes Drittel der Berufskollegen war also lediglich der Nutznießer unseres Kampfes. Das Ausmaß des Erfolges wäre sicher größer gewesen, wenn diese Kollegen nicht nur allein gelernt, sondern auch gefät, d. h. ihre Solidaritätspflichten erfüllt und durch ihren Beitritt und ihre Mitarbeit in der Organisation unsere Kampffront gestärkt hätten. Es bleibt auch nach wie vor die Aufgabe unserer Verbandsmitglieder in den Betrieben, diesem Schmarozertum zu Leibe zu gehen. Bei den 698 Bewegungen befanden wir uns in 563 Fällen im Angriff und in 135 Fällen in Abwehr. Zum äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel, zum Streik, mußten wir in 22 Fällen

greifen, und zwar waren wir dabei in 6 Fällen die Angreifer und in 16 Fällen befanden wir uns in der Abwehr. Aussperungen waren 2 zu verzeichnen.

Noch ein Wort zu unseren Tarifverträgen. Der Gesamtverband hatte am Jahresluß 1930 insgesamt 1811 Tarifverträge in Geltung. Davon waren 241 Bezirks-, 826 Orts-, 726 Firmen- und 18 Reichstarife. Der Geltungsbereich unserer Tarifverträge erstreckte sich auf 997 279 Beschäftigte, von denen 628 814 = 63,1 Proz. Mitglieder unseres Verbandes waren. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit und der zahlreichen Betriebseinschränkungen ist das Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten jedoch erheblich ungünstiger.

Das Werbegebiet unseres Verbandes ist also noch sehr ertragreich und bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Ansatzpunkte für die agitatorische und organisatorische Arbeit, die gegenwärtig und in der Folgezeit geleistet werden muß, liegen offen zutage. Alle Energien zu entfalten, um in unseren Bezirken die gewerkschaftliche Einigkeit und Geschlossenheit herzustellen, ist unerläßliche und erste Voraussetzung für einen neuen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Gesamtberufskollegenchaft.

A. Reihner.

FASCHISMUS GEGEN GEWERKSCHAFTEN

Italien macht Schule. Das kann man jetzt in Polen deutlich erkennen. Die polnische Presse berichtet, daß die Regierung völlige Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung beabsichtige. Nach italienischem Muster sollen sich die polnischen Arbeitnehmer nur noch in „Regierungsgewerkschaften“ organisieren dürfen. An die staatlichen Unternehmungen ist bereits eine Aufforderung verschickt worden, die Gewerkschaften der in den öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter aufzulösen und sie in Regierungsgewerkschaften zu sammeln. Die Durchführung hat bereits begonnen, indem die Arbeiter eine gedruckte Erklärung in den Betriebsbüros unterschreiben mußten, mit folgendem Inhalt:

„Der Unterzeichnete erklärt, daß er aus allen Gewerkschaftsverbänden austritt, zum Berufsverbände der Salinenarbeiter übertritt und die Betriebsleitung der Salinen ermächtigt, die Beiträge für diesen Verband vom Lohne abzuziehen.“

Die Arbeiter werden gleichzeitig darüber informiert, daß sie ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beschäftigung bei den betreffenden Unternehmen mit sofortiger Entlassung zu rechnen hätten, falls sie diese Erklärung nicht innerhalb von drei Tagen unterschrieben hätten. — Die Arbeiter, die sich sofort zur Unterschrift bereit erklärten, erhielten Vergünstigungen in Form von besser bezahlter Arbeit.

Neue Volks-Parkanlagen in Berlin

In der bürgerlichen Presse konnte man in den letzten Monaten auf der einen Seite zwar eine gewisse Anerkennung finden für die ausgedehnte Tätigkeit der Bezirksämter, große, wüste Gelände zu Volksparks umzugestalten, andererseits erfolgten wiederum Warnungen und Bedenken, daß dadurch der Stadt erhebliche Ausgaben erwachsen. Unsere Kollegen, soweit sie in den Parkverwaltungen tätig sind, werden in dieser Frage sicher keine Bedenken haben. Aber auch vom Standpunkt der Gesamtbevölkerung muß man die rege Tätigkeit der verschiedenen Bezirksämter auf dem Gebiete des Ausbaues einiger großer Volksparks durchaus und unbedingt anerkennen. Dabei bringt es die ungeheure Ausdehnung Berlins mit sich, daß die meisten Einwohner nur ihren Bezirk kennen und von der allmählichen Umgestaltung Groß-Berlins in bezug auf Freisflächen und Volksparks gar keine klare Vorstellung haben. Wir möchten deshalb aus

Anlaß einer Besichtigung, die das Nachrichtenamt der Stadt Berlin kürzlich für die Pressevertreter veranstaltete, eine kleine Uebersicht geben über die gewaltige Entwicklung der Berliner Volksparks in den letzten Jahren. Das alte Berlin hatte vor dem Kriege ganze 250 ha gärtnerisch gepflegte Grünflächen und außerdem den staatlichen Tiergärten. Diese Fläche vergrößerte sich nach Schaffung von Groß-Berlin 1920 auf 1000 ha insgesamt mit allen Außenbezirken. 1921 wurden die ersten, größeren Notstandsarbeiten eingerichtet mit Arbeitslosen; später und heute werden hauptsächlich Wohlfahrtsarbeiter dafür verwandt. Gewiß wäre es wünschenswerter, wenn unsere Kollegen, Gärtner und Gärtnereiarbeiter, dafür verwandt würden. Man muß aber auch wiederum bedenken, daß die Ausgaben größtenteils (%) nicht aus dem Etat der Stadt Berlin erfolgen, sondern staatliche Mittel sind, die andernfalls den Gemeinden nicht zufließen würden. Es dürfen pro Kopf und Tag einschließlich Arbeitslohn und Material 11 Mk. verwandt werden. Der Durchschnittsundenlohn ist nach dem Tarif der Gemeindegewerkschaft 90 Pf., die Arbeiter sind vier Tage in der Woche beschäftigt, so daß sie also etwa 28 Mk. pro Woche erhalten. Auf diese Weise ist im Laufe der letzten Jahre ein gewaltiger Ausbau unserer Volksparks vor sich gegangen von 1000 auf 2500 ha. Davon sind 125 ha gärtnerisch gepflegte Waldparks, 1250 ha Volksparkanlagen mit Spielwiesen und Lagerflächen, 225 ha grüne Stadtplätze, 500 ha öffentliche Sportplätze, 75 ha Kleinkinderspielplätze, 325 ha sonstige Grünanlagen (Schulgärten, Anfallsanlagen usw.). Bemerkenswert ist auch, daß Berlin heute noch in seinen Straßen 485 000 Straßenbäume zählt, obwohl der harte Winter 1928/29 gegen 10 000 Bäume zum Eingehen brachte. Freilich müssen auch eine Anzahl Bäume den wachsenden Verkehrsverhältnissen geopfert werden, andererseits werden fortgesetzt neue gepflanzt (jährlich etwa 10 000).

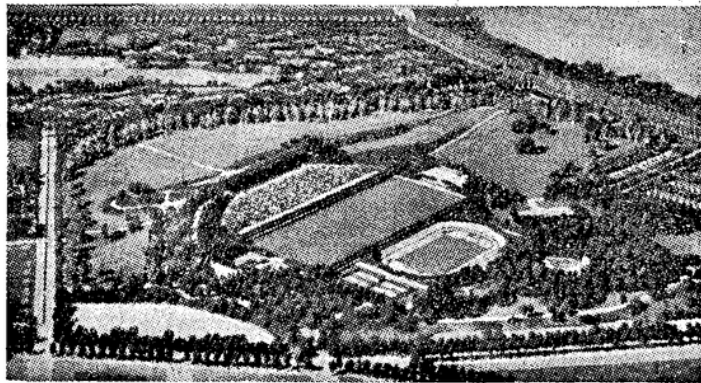
Das Prinzip der zentralen Parkverwaltung geht dahin, ausreichende Kinderspielplätze auch in der eng besiedelten Innenstadt zu schaffen, ferner die bisherigen mehr repräsentativen Anlagen zu wirklichen Ruhe- und Erholungsplätzen der werktätigen Bevölkerung zu machen und endlich die Erhaltung und Schaffung großer Volksparks mit Spiel- und Lagerwiesen, Sportplätzen und Dauerkleingärten in Außenbezirken weiter zu entwickeln. Es werden jährlich dafür insgesamt 9 Millionen Mark ausgegeben, was, gemessen am Milliardenetat der Stadt Berlin, wahrlich keine ungeheuerliche Summe ist.

Eine sehr schöne, aber noch neue Anlage bedeutet der Volkspark Mariendorf. Hier ist u. a. ein Rodelberg eingerichtet; ein kleiner See sowie ein Planschbecken, wozu später noch ein Schwimmbad kommt, bieten schon heute ein freundliches Bild. Die Anpflanzungen sind freilich erst im Werden begriffen und dürften nach fünf bis zehn Jahren erst zur vollen Geltung kommen. Dann aber wird man, wie auch bei den anderen neuen Anlagen, erst recht erkennen, daß unsere Zeit trotz all ihrer Not auch an die Kräftigung der Großstadtjugend und an die Zukunft gedacht hat.

Der Volkspark Tempelhofer Feld (zum Bezirksamt Neukölln gehörig) umfaßt 27 ha Park und ist auf dem ehemaligen

Schießstandgelände der Hasenheide errichtet. Da hier ein alter Baumbestand vorhanden war, macht dieser Park bereits einen mehr oder minder fertigen Eindruck. Er ist fast überfüllt, und es besteht das berechtigte Bestreben des Bezirksamtes, eine weitere 50 ha umfassende Fläche (Park), die jetzt noch im staatlichen Besitz als Schießplatz für die Polizei Verwendung findet, dafür zu gewinnen. In der Mitte des Platzes ist eine Freilichtbühne für Massenaufführungen eingerichtet. Davor lagert sich eine 25 000 qm große Spielwiese. Die Rodelbahn weist einen Höhenunterschied von 18 m auf, bei 300 m Länge. Aus Müll und Schutt wurde dieser „Berg“ aufgetürmt. Die Höhenmaße mögen unseren Kollegen in Berggegenden allzu klein erscheinen, für unsere rodelffreudige Jugend der norddeutschen Tiefebene bedeutet sie einen sehr wichtigen Wintertummelplatz. — Nicht allzu weit davon sind die besonderen Sportanlagen und -plätze Neuköllns im

Werden begriffen. Auch hier tummeln sich jetzt schon Tausende täglich in freier Luft und Sonne. — Eins der größten Gelände ist der Volkspark Wuhlheide. Er beginnt jenseits der Spree am Treptower Park, so daß man über den Schlesiens Busch über den alten Park Plänterwald bis Ende der neuen Anlagen 15 km Promenaden, Wiesen und Sportplätze durchwandern kann. Aber hier sind noch sehr viele Arbeiten notwendig, um den Sportplatz fertigzustellen. Eine nicht unwesentliche Erschwernis bei den



Volkspark Rehberge (Aus der Dogelschau)

neuen Pflanzungen sind die Wasserwerke in der Wuhlheide, die eine Senkung des Grundwassers von 1,50 m auf 7 m und dadurch ein Absterben zahlreicher alter Eichenwaldungen im Gefolge haben. Auch hier ist ein Rodelberg und eine Freilichtbühne eingerichtet. Ebenso sind zahlreiche Spiel- und Sportplätze, fast 1 km lang, 200 m breit, geschaffen. Es ist noch geplant die Anlage eines Licht- und Luftbades für Anhänger der Nachtkultur. Ein besonderes Vogel- und Naturschutzgehölyz ist angelegt.

Wohl die bedeutendste Anlage ist der neue Volkspark Rehberge mit Wassersportplatz am Plöghensee. Die Anlage hat bis jetzt 2½ Millionen Mark gekostet. In der Zeit von 1926 bis 1928 sind über 1000 Erwerbslose beschäftigt worden. Es war äußerst mühevoll, die kahle Sanddüne mit neuem pflanzfähigen Boden zu bedecken. Dazu sind die 8 m tiefen Moore, die ohne Wasser waren, umgestaltet. Sie haben heute feartigen Charakter bekommen. Ein wundervoll weißsandiger 13 000 qm großer Badestrand ist am Plöghensee eingerichtet, ferner Fußballplätze, Planschbecken, Rodelplätze, Sport- und Lagerwiesen aller Art. Dazu sind etwa 400 Kleingärten zu einer Musterbauerkolonie vereinigt auf Grund des Wirkens des Provinzialverbandes der Kleingärtner. Diesfach ist auch der Ausschachtboden beim Bau der U-Bahn aus Ersparnisgründen verwendet worden, so daß einerseits der Abtransport der gewaltigen Erdmassen erleichtert und verbilligt wurde und andererseits eine entsprechende Umgestaltung des Bodens leichter vorgenommen werden konnte.

Im Nordwesten Berlins liegt die alte Jungfernhöhe. Hier ist unter der Führung des Gartenbaudirektors Barck, der später die gesamten Parkanlagen Berlins beaufsichtigte, eine neuzeitliche Umstellung zum Volkspark erfolgt. Es wurde ein großer Teich ausgeschachtet und etwa 150 ha neu gestaltet. Zahlreiche Spiel- und Sportplätze wurden geschaffen, ein Freilicht-Theater für Vereine mit prachtvoller Arena. Das Ganze ist, weil alter Baumbestand, bereits heute zu einem wunderbaren Volkspark geworden und wird von der dort sehr zahlreichen Arbeiterbevölkerung (Berlin-Moabit und Charlottenburg) stark besucht.

Es ist außer Frage, daß für die Betreuung, Fortentwicklung und systematische Pflege ein ganz erheblicher Teil unserer Kollegenschaft, insbesondere auch zahlreiche gelernte Gärtner sowie Gartenarbeiter benötigt werden. So können wir auch von dem Gesichtspunkte des Gesamt-Verbandes aus diese Bestrebungen besonders begrüßen. Sie machen sich aber auch für die Gesamtbevölkerung Groß-Berlins sicher bezahlt, da sie die Gesunderhaltung und Förderung sowohl unserer Jugend als auch der älteren Generation im Gefolge haben.

E d i.

Todeskampf der Freiheit

XIV.

Das heutige Italien ist ein großes Gefängnis, in dem die Wächterrolle der faschistischen Miliz anvertraut ist, einem Parteicheer unter Mussolinis Befehl. Nur die eine Million Menschen, die eine faschistische Parteikarte besitzt, genießt politische Rechte, die übrigens ziemlich beschränkt sind. Die anderen Bürger sind entweder Untertanen, die sich in ihre Rechtlosigkeit ergeben haben, oder Rebellen, die als außerhalb des Gesetzes stehend behandelt werden, während sie die unvermeidliche und unerbittliche Revanche der Freiheit vorbereiten.

Als politische und als geistige Erscheinung bedeutet der Faschismus die Wiedererstehung des Ancien régime. Mit diesem hat er die absolutistische Auffassung der Macht gemein, die geistige Beschränktheit, den Mangel an Menschlichkeit und die Verachtung der Freiheit. Wie dem Ancien régime fehlt ihm das Gefühl der Gerechtigkeit und des Rechtes.

Der Faschismus hat drei Kategorien von Bürgern geschaffen: die Faschisten, denen alles erlaubt ist; die Nichtfaschisten, die zu arbeiten und zu schweigen haben, und endlich die Antifaschisten, die vogelfrei sind. Ist nun ein solches Regime wirklich stark? Da muß man sich erst darüber einigen, was man unter stark versteht. Stark ist der Faschismus schon, stark durch seine Miliz, durch seine Gefängnisse, durch sein Sondergericht; stark durch seine Zwangsverschickung und durch seine Polizei.

Wenn ich Mussolini so großtun sehe, wenn ich ihn mit der Prozigkeit des Parvenüs von seiner granitenen Macht reden höre, von der Festigkeit des Faschismus und der Vernichtung der Opposition, wenn das Echo seiner grotesken „Niemals“ und seiner noch groteskeren „Immer“ zu mir dringt, kann ich das Lächeln nicht unterdrücken.

Dieser Straßenräuber gefällt sich nicht nur darin, sich mit Federn, Uniformen und Orden zu schmücken, er muß sich auch noch mit Cäsar und Napoleon vergleichen. Nun ist aber Cäsar durch Volkstische gefallen, und Napoleon hat seine Tage auf dem nackten Felsen von St. Helena geendet. Und sie hatten doch alle beide ihren Degen von einem Teil der Welt zum anderen getragen.

Wie steht es aber um die Siege des faschistischen Diktators? Die hat er unter der politischen Mitschuld einer in unheilbarem Verfall befindlichen Klasse gegen waffenlose Arbeiter erkochten, gegen friedliche Genossenschaften, gegen Volkshäuser und Zeitungen.

Und seine Werke?

Zunächst hat er jede Freiheit unterdrückt, Parteien aufgelöst, die Oppositionspresse abgewürgt, die Schule monopolisiert, aus dem Sport ein Hilfsmittel der Regierung gemacht, die Gewerkschaften in Kasernen verwandelt — das alles war nur das Vorspiel.

Die Grundlage des faschistischen Systems ist die Spionage. Eine Hälfte der Italiener wird dazu angetrieben, die andere auszuspiönieren. Auf jedem Gebiet, sogar in den Fabriken, macht man Karriere nur um diesen Preis. Den Kollegen ausspitzeln, den Nachbarn, den Freund, die eigenen Angehörigen; die Personalbücher der Polizei durch zweckdienliche Informationen bereichern — das sind im faschistischen Italien die Bürgertugenden.

Geschieht dies alles etwa im Dienste einer großen Idee? Nein, es handelt sich lediglich darum, die Leidenschaften einer neuen politischen Klasse zu sättigen, die dieselben Fehler der alten hat, die mit Schärfe dieselben sozialen Interessen vertritt und sich außerdem kennzeichnet durch die Brutalität ihrer Mittel, den Mangel an Ehrlichkeit, durch Verachtung der Kraft des Rechtes und Anbetung des Rechtes der Kraft.

Dem Faschismus gebricht es so sehr an der freien Zustimmung der Massen, daß all seine Handlungen den Stempel der Willkür tragen müssen.

Nach einer Definition seines Führers ist der Faschismus eine „autoritäre Demokratie“. Dabei unterwirft er sich nie und unter keinen Umständen der Kontrolle des Volkes, worin doch das eigentliche Wesen der Demokratie liegt. In Wirklichkeit bedeutet der Faschismus im eigentlichen Wortsinne einen Kolonisationsversuch, der mit dem Lande vorgenommen wird.

Korruption, Unterschleife, Betrügereien im Amt und sonstiger Mißbrauch der Amtsgewalt sind etwas ganz Alltägliches. Überall lebt man aus dem vollen auf öffentliche Kosten. „Nach uns die Sintflut“, das ist die einzige Regierungsregel.

Und da man die Unzufriedenheit zum Schweigen bringen und die Skandale verdecken muß, so befindet sich der Faschismus in der absoluten Notwendigkeit, das Land zu terrorisieren.

Das hat er auf zweifache Weise getan. Einmal durch die private Gewalttat seiner Anhänger, durch Mord, Totschlag, Plünderung, Brandstiftung, Rizinussöl und Prügel. Dann durch die Organisation des Parteistaates, Spionage, Deportation, Entlassung der nicht den Syndikaten angehörigen Arbeiter, Maßregelung der Beamten, die sich nicht als Spitzel bewährten.

In einem armen Lande, wo sich um jede Beamtenstelle oder jede Arbeitsgelegenheit hundert Bewerber drängen, zu einem Zeitpunkt, wo Brot die Hauptsache wird, weil alles andere verloren ist, vermochte dieses über jedem Bürger hängende Damoklesschwert tatsächlich Wunder zu wirken.

So bleiben nur die wenigen Unbeugsamen als Erbauer neuer Zeiten. Für sie, die durch die Not nicht zu brechen sind, für jene stolzen Widersacher, denen es Freude macht, dem Tyrannen zu trotzen, für die gibt es das Sondergericht.

Was ist das eigentlich, dieses Sondergericht? Das ist das niederträchtigste Zerrbild der Justiz, das sich ausdenken läßt. Die Bilanz seines Wirkens ist tragisch. In drei Jahren hat es zwei Todesurteile gefällt, in einem Lande, das es sich zur Ehre anrechnete, die Todesstrafe abgeschafft zu haben; weiter hat es eintaufend-fünfhundert Verurteilungen verhängt mit fünfundzwanzig Jahrhunderten Zuchthaus für Arbeiter und Intellektuelle. In weiteren viertausend Fällen hat die Voruntersuchung, ohne Aufnahme des Hauptverfahrens, zur Verschickung der Verdächtigten auf die Inseln geführt.

So sieht es in Italien aus. Und das nennt man: Disziplin und Ordnung.

Man macht großes Rühmen davon, daß das Staatsbudget im Gleichgewicht sei. Aber die Sachverständigen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieses Gleichgewicht nur durch die sügnerrische Aufmachung des Budgets errechnet wird, ohne in Wirklichkeit vorhanden zu sein. Im übrigen wird das Land von dem Steuerdruck fast erdrückt. Das laufende Budgetjahr, für das man einen Ueber-schuß veranschlagt hatte, wird ein Defizit von mindestens einer Milliarde Lire aufweisen.

Diese finanziellen Ergebnisse haben nichts Ueberraschendes, denn der Faschismus ist ein sehr kostspieliges Regime. Um an der Macht zu bleiben, muß er außer der regulären Armee eine Parteil-miliz erhalten, die dreihunderttausend Soldaten und elftausend Offiziere zählt. Dazu kommen die Ausgaben für die zahlreiche Polizei im In- und Auslande. Seit er zur Regierung gelangt ist, hat der Faschismus beständig Schulden auf Schulden gehäuft. Die innere Schuld ist von 84541 Millionen Lire im Jahre 1925 auf 98401 Millionen Lire am 30. Juni 1928 angewachsen.

Die Finanzlage der Gemeinden und Provinzen ist noch kritischer als die des Staates. Um Straßen, Brücken und Denkmäler zu bauen, die vielfach nur eine Gelegenheit zur Bereicherung der faschistischen Beamten oder Unternehmer waren, ist auf dem internationalen Markt Geld zu oft sehr ungünstigen Bedingungen aufgenommen worden. Einem früheren faschistischen Minister zufolge sind die Schulden der bloßen Provinzhauptstädte vom 1. Januar 1925 zum 1. Januar 1928 von 3060 auf 5481 Millionen Lire angewachsen. Allein auf dem nordamerikanischen Geldmarkt hat das faschistische Italien Anleihen für mehr als 400 Millionen Dollar aufgenommen.

Das Defizit der Handelsbilanz, das im Jahre 1924 sich auf 643 Millionen Lire belief, ist im Jahre 1926 auf 939, im Jahre 1927 auf 1254 und 1928/29 auf 2047 Millionen Lire gestiegen.

Gleichzeitig sind die Ausgaben der Touristen in Italien um 40 Prozent gesunken, obwohl der Faschismus das Wunder vollbracht hat, daß die Züge rechtzeitig eintreffen. Auch die Ersparnisse der Auswanderer fließen immer spärlicher, und die Einnahmen der Handelsmarine gehen zurück. So steht es katastrophal um die internationale Zahlungsbilanz des Landes.

Ueber die industrielle Krise, die sich aus der Stabilisierung der Lire zu einem aus Gründen politischen Prestiges zu hoch angelegten Wert ergeben hat, braucht nichts gesagt zu werden. Liegt sie doch ganz offen zutage.

Unsere Jugend

Die Jugend-Gerichtshilfe

Mein lieber junger Freund! Ich weiß nicht, ob du dir schon einmal eine Verhandlung über eine schwerere Straftat mitangehört hast. Jedenfalls solltest du es tun. Es gibt da für einen angehenden jungen Staatsbürger allerlei zu lernen, namentlich aber manches zu hören und zu sehen, was aus der politischen Gleichgültigkeit aufrüttelt und zu positivem Reformwillen und tatkräftigem Handeln erzieht. Würdest du also einmal der Beweisaufnahme vor einem Durchschnittsgericht zugehört haben, so wäre dir sicherlich aufgefallen, wie man sich bemüht, die seelischen Hintergründe der Tat aufzudecken. Und wenn dann gar die

medizinischen Sachverständigen aufmarschieren, dann wundert man sich als Laie gewöhnlich, was für eine Ausgeburt aller seelischen Krankheiten und Komplexe der Angeklagte sein soll, der dort lebendig vor dir steht, und der sich, wenn er neben dir im Zuschauerraum säße und mit dir spräche, ebensowenig von den anderen Normalmenschen unterscheiden würde, der jetzt neben dir sitzt. Da fallen jugenstauchende lateinische Bezeichnungen, da wird nach den Grundrissen der Phrenologie der Schädel abgetastet und nach „Mörderhöfeln“ gesucht, kurz: man gibt sich Mühe. Wohl gemerkt: Nach der seelischen Seite hin und soweit das die Medizin angeht. Und doch ist diese medizinische Mühe sehr oft für die Katz, deshalb, weil sie darüber hinwegzieht, daß das medizinische Symptom eben doch nicht die letzte Wurzel ist, sondern wieder entscheidend vom sozialen Sein des Täters her beinflusst und verursacht wird. Die Beleuchtung der Schuldfrage vom Sozialen her, d. h. von der Seite der wirtschaftlichen Existenzbedingungen des Täters her, liegt praktisch bei den gewöhnlichen Strafgerichten noch sehr im argen, obwohl die Theorie diese Untersuchung fordert. Anders als bei den gewöhnlichen Strafgerichten, müssen im Jugendgerichtsverfahren entsprechende eingehende Forschungen über die gesamten sozialen Existenzbedingungen des Täters angestellt werden. Das Jugendstrafrecht schlägt hier eine starke Bresche in das alte Verfahren; es bahnt einem besseren Zukunftsstrafrecht den Weg, das viel menschlichere und gerechtere Urteile zu liefern vermag.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die bessere Qualität unseres Jugendstrafrechts ist die systematische Eingliederung der Jugendgerichtshilfe. Ueber das Wesen und die Aufgaben dieser segensreichen Einrichtung ist so wenig bekannt, daß ihre Mitarbeiter zu weilen immer noch auf hartnäckigen Widerstand gerade bei denen stoßen, denen sie helfen sollen: bei den straffällig gewordenen Jugendlichen und ihren Angehörigen. Von diesem Gesichtspunkt aus scheint es notwendig und fruchtbar, die Grundzüge des Wesens und die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe hier kurz aufzuzeigen.

Man versteht unter Jugendgerichtshilfe die Tätigkeit, die das Jugendgerichtsgesetz für das Jugendstrafverfahren den Jugendämtern zuweist. Die Jugendämter üben die Jugendgerichtshilfe im Benehmen mit denjenigen Vereinigungen aus, die sich mit der Jugendfürsorge beschäftigen. Nach dem Wortlaut des Jugendgerichtsgesetzes (JGG.) sollen die Organe der Jugendgerichtshilfe in allen Abschnitten des Jugendstrafverfahrens zur Mitarbeit herangezogen werden.

Wie sieht nun diese Mitarbeit der Jugendgerichtshilfe praktisch aus? Ihre Hauptaufgabe besteht darin, mitzuhelfen, ein wirklich zuverlässiges Bild von der Täterpersönlichkeit zu schaffen. Das ist für das Urteil oder für die Stellungnahme des Gerichts überhaupt von entscheidender Bedeutung. § 31 JGG. verlangt daher, daß neben den persönlichen juristischen Ermittlungen in der Frage der Tat möglichst frühzeitig die Lebensverhältnisse des Beschuldigten und alle Umstände zu erforschen seien, die zur Beurteilung seiner körperlichen und geistigen Eigenart dienen können. Im Gegen-

satz zum normalen Strafverfahren macht es also das Jugendverfahren dem Richter zur Pflicht, nicht nur das psychologisch-medizinische, sondern vor allem das soziale Charakterbild des Täters zu ermitteln und zu berücksichtigen. Das wird praktisch so gemacht, daß die Jugendgerichtshilfe zunächst einmal von der Staatsanwaltschaft von der Tat Nachricht erhält und gebeten wird, die entsprechenden Ermittlungen anzustellen. Das Jugendamt schickt dann einen seiner freiwilligen Helfer zu dem Täter und erkundet alles Wissenswerte. Diese Bejuche haben gar nichts Amtliches an sich und sind vor allem keine Vernehmungen. Der Jugendgerichtshelfer unterhält sich zwanglos mit dem Täter, mit den Eltern und manchmal auch mit anderen Personen, aber immer unter dem Gesichtspunkt, dem Täter keine unnötigen Schereizen zu bereiten und sein Ansehen, sein Arbeitsverhältnis usw. nicht unnötig zu gefährden. Der Helfer macht dann einen Bericht. In diesem Bericht steht alles Erdenkliche: Auftreten des Beschuldigten, zur Kenntnis gelangende Krankheiten, Eigenschaften (Arbeitsamkeit, Selbsthilfswillen, Neigung zur Unwahrheit, Wahrheitsliebe, Niedergerichtigkeit, Reuegefühle, Besserungswille usw.), Kleidung des Beschuldigten, Wohnverhältnisse, Eindruck der Angehörigen, wirtschaftliche Verhältnisse der Angehörigen usw. — Dieser Bericht wird für den vernünftigen Richter eine der Hauptgrundlagen des Verfahrens bilden. Er wird mit herangezogen zu der Beurteilung der Frage, ob der Täter etwa deshalb straffrei sei, weil er nach seiner geistigen und sittlichen Entwicklung unfähig war, das Ungeheuliche seiner Tat einzusehen oder weil er seinen Willen dieser Einsicht entsprechend nicht bestimmen konnte. Der Bericht wird auch eine Rolle spielen bei der Frage, ob Er-

ziehungsmassregeln (Verwarnung, Schulkassa, Fürsorgeziehung usw.) anzuwenden seien und ob diese Erziehungsmaßregeln allein schon ausreichen, so daß sich die Aussprechung einer Strafe erübrigt. Aber auch für die Frage einer Bewährungsfrist sind die Ermittlungen der Jugendgerichtshilfe von Bedeutung.

Bemerkenswert ist, daß der Vertreter der Jugendgerichtshilfe zu den Verhandlungen, die grundsätzlich nicht öffentlich sind, Zutritt hat. Auf Verlangen wird ihm in der Hauptverhandlung das Wort erteilt, so daß er seine Ermittlungen unter Umständen noch mündlich ergänzen kann. Das Jugendamt kann auch auf Verlangen zum Beistand des Angeklagten bestellt werden und so unmittelbar für ihn wirken. Das ist von großer Bedeutung deshalb, weil es noch immer und auch noch im Jugendverfahren Staatsanwälte gibt, die glauben, daß es darauf ankomme, recht viel Schnelligkeit zu zeigen und die so den ohnehin gewöhnlich leistungsfähigen Angeklagten noch völlig verwirren und einschüchtern. In solchen Situationen kann ein in der Jugendgerichtshilfe erfahrener Vertreter des Jugendamtes für den Angeklagten und gewöhnlich auch für die Gerechtigkeit vieles retten.

Aber auch nach dem Urteilspruch gibt es für die Jugendgerichtshilfe noch Arbeit. Das gilt insbesondere für den Fall der Strafaussetzung. Durch diese Maßnahme soll dem Jugendlichen Gelegenheit gegeben werden, sich durch Wohlverhalten während einer Probezeit zu verdienen. Diese Probezeit beträgt zwei bis fünf Jahre. Führt sich der Verurteilte während dieser Probezeit schlecht, so kann jederzeit die Vollstreckung der Strafe angeordnet werden. Bei guter Führung gilt nach Ablauf der Probezeit die Strafe als erlassen. Zu den Ermittlungen über die Art der Führung des Verurteilten wird nun wiederum in der Regel die Jugendgerichtshilfe herangezogen. Durch ihre besondere Sachkenntnis und durch die besondere Art ihrer Ermittlung (die keinen starren amtlichen Charakter hat) läßt sich manches für den Verurteilten bessern.

Still und unauffällig arbeitet diese segensreiche Einrichtung der Jugendgerichtshilfe. Gar manchem jugendlichen Fehltritt hat sie schon seine schlimmsten Folgen genommen. Gar manchen Lebensweg hat sie wieder in die gerade Bahn herumgehoben, gar manchen Eltern hat sie Sorge und Leid verringert. Ich hoffe auch dich von dem Wert und der Notwendigkeit der Jugendgerichtshilfe überzeugen zu haben und bin gewiß, daß sie auch in Dir einen neuen Freund gefunden hat. Freundschaft! Dein B. A. Keith.

Wir lieben frohes Lied

Wir lieben frohes Lied und harten Kampf.

Wir Jungen und Alten sind immer unverzagt.

Wir wandern gern in Sonnenfrühe
Dem fernem Ziel mit hellem Sange zu.

Der Wandertag ist eitel Licht,
Es schäumt der See an grünen Ufern.

Des Herz wird da nicht froh, wenn aus kleiner Brust
Der Vogel Schar so munter jubiliert.

Entschlummert, nicht vergessen sind sechs Tage Bitternis,
Gelodert alle Ketten, doch müssen sie gelöst sein

Für immer von den Armen, die treibend nach der Erde
Schönheit greifen und lummernd im Dasein erstarren.

Wir lieben frohes Lied und harten Kampf,
Wir werden uns erzwingen den Tag und auch die Nacht.

Alexander Werly

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der preussische Etat wurde nach der dritten Beratung am 13. Mai mit 230 gegen 167 Stimmen angenommen. Das neue Polizeiverwaltungsgesetz Preussens wurde in dritter Lesung am 12. Mai mit 236 gegen 135 Stimmen verabschiedet.

Die Landtagswahlen in Oldenburg am 17. Mai haben den Bürgerlichen starke Verluste gebracht und die Front der Links- und Rechtsradikalen gestärkt. Die Sozialdemokraten haben 8300 Stimmen verloren, von denen die Kommunisten 5000 als Gewinn verbuchen. Zu Mandaten erhalten SPD. 11 (15), Volkspartei 2 (5), Deutschnationale 2 (3), Staatspartei 1 (5), Nazi 19 (3), KPD. 3 (1), Wirtschaftspartei 0 (2), Landvolk 1 (4), Christl. Volksdienst 0 (0), Zentrum 9 (9). In allen größeren Städten hat die Sozialdemokratie ihre Verluste bei den Gemeindevahlen im November 1930 ganz oder zum Teil aufgeholt.

Donner Präsident von Frankreich. Die französische Nationalversammlung wählte am 13. Mai den Senatspräsidenten Donner zum Präsidenten der Republik. Briand hatte im ersten Wahlgang nur 401 gegen 442 Stimmen, die auf Donner entfielen, erhalten. Im zweiten Wahlgang erhielt Donner 504 Stimmen gegen 334, die Marraud erhielt.

Der Nationalsozialist Dr. Goebbels wurde wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten Dr. Weig, Berlin, nach dem Antrage des Staatsanwalts mit zwei Monaten Gefängnis bestraft.

Die Wirtschaftslage Deutschlands wird von dem Institut für Konjunkturforschung weiter ungünstig beurteilt. Produktion und Leistung werden sich noch weiter auf dem Tiefstand halten.

Gegen neuen Gehaltsabbau und für eine Verkürzung der Arbeitszeit setzt sich eine Entschleunigung ein, die der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am 13. Mai angenommen hat.

Die österreichische Kreditanstalt, die unter Führung des bekannten Hauses Rothschild steht, ist ins Bankrot geraten. Der österreichische Staat muß, um einen Zusammenbruch der Bank zu verhindern, mit 100 Millionen Schilling eingreifen.

In Spanien haben monarchistische Propagandaaktionen zu einem Angriff auf Kirchen und Klöster geführt, in deren Verlauf in ganz Spanien 105 Kirchen und Klöster zerstört wurden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten betrug im Monat April 1931 137,2 gegen 137,7 im März.

Aus unserer Bewegung

Im Lohnstreit bei der Berliner Verkehrs-A.-G. wurde am 12. Mai folgender Schiedsspruch gefällt:

Die bisherigen Tarifhöhe einschließlich der Sonderzulagen und der Verkehrsteiler- und Kinderzulagen werden mit Wirkung vom 16. Mai um 6 Proz. gekürzt. Bei den Arbeitnehmergruppen, die 44 Stunden oder weniger die Woche beschäftigt werden (das ist das technische Personal von etwa 7000 Köpfen), verbleibt es, solange diese Arbeitszeitverkürzung besteht, bei den bisherigen Sätzen. Dieses Abkommen gilt bis zum 30. September d. J. Es verlängert sich um jeweils sechs Monate, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Erklärungsfrist bis zum 21. Mai.

Sobald die Funktionäre über Annahme oder Ablehnung entschieden haben, kommen wir auf die Angelegenheit zurück.

Die Konferenz des Bezirks V Brandenburg-Grenzmark am 10. Mai 1931 in Berlin war von 70 Delegierten besucht neben den Bezirksvorstandsmitgliedern und den Angestellten. Das Referat hatte Kollege Paul Schulz vom Verbandsvorstand übernommen. Kollege Wilhelm von der Reichsabteilung D machte ergänzende Ausführungen in bezug auf die Verkehrsbetriebe. Die überaus rege Diskussion zeigte, wie akut das Thema: „Lohnabbau und Arbeitszeitregelung in den deutschen Gemeinden“ auch für die Kollegen des Bezirks V ist. In der Debatte kam immer wieder die Befürchtung zum Ausdruck, ob die angestrebte 40-Stunden-Woche wirklich die Entlastung des Arbeitsmarktes bringen wird, die man erhofft. Mit Bitterkeit wurde auf die Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn und beim preußischen Staat hingewiesen, die noch nicht einmal die 45stündige Wochenarbeitszeit für ihre Arbeiter eingeführt haben. Die Kollegen Schulz und Schmecker appellierten demgegenüber an den gesunden Optimismus in der Arbeiterbewegung, der uns schon über so manche schlechte Zeit hinweggebracht hat. 3. B. 1923/24 war der Ausgangspunkt unserer Kämpfe ein viel schlechterer als heute. Die Konferenz nahm die folgende Resolution an, die die Kollegen Böhm und Arndt eingebracht hatten:

„Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Konferenz des Bezirks V beauftragt den Hauptvorstand und den ADGB, in eine Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden nur dann einzutreten, wenn ein voller Lohnausgleich stattfindet. Wir sind der Meinung, daß eine Anhebung der Wirtschaft und die Einstellung der Arbeitslosen nur dann möglich ist, wenn die Kaufkraft der breiten Massen gehoben wird.“

Büchberg. Seit dem Zusammenschluß der vier Organisationen können wir von einem stetigen Aufstieg und von einer guten inneren organisatorischen Festigkeit reden. Dabei müssen

wir berücksichtigen, daß es nur eine kleine Ortsgruppe ist, in der noch nicht ganz 200 Kollegen organisiert sind. Der Versammlungsbesuch ist aber ein reger. In unserer letzten Generalversammlung konnte Kollege H. Högeman über einen sehr günstigen Kassenabluß berichten. Trotz Anschaffungen für die Bibliothek und Unterstützungen an die Kollegen blieb ein Ueberschuß von 730 Mk. in der Ortsgruppe. An Stelle des Kollegen W. Meier wurde Kollege Karl Pöhler als Vorsitzender gewählt.

Leipzig. In der Quartalsversammlung am 11. Mai 1931 gab Kollege Keder den Tätigkeitsbericht. Am Schlusse des Jahres 1930 waren noch 7089 Arbeitslose vorhanden. Neuanmeldungen erfolgten am Facharbeiternachweis 4211, so daß im 1. Quartal zusammen 11300 Berufsangehörige arbeitslos waren. Stellen wurden gemeldet 2117, von denen 2047 besetzt werden konnten. Somit wurden im 1. Quartal am Arbeitsnachweis 2094 Arbeitslose mehr gemeldet als Stellen vorhanden waren. Den arbeitslosen Verbandsmitgliedern, denen kurz vor Weihnachten eine Sonderunterstützung aus Mitteln der Lokalkasse gewährt wurde, wurde auch kurz vor den Osterfeiertagen aus Mitteln der Lokalkasse und von den von den Angestellten beigesteuerten Geldern wiederum eine Sonderunterstützung gewährt. Die Arbeitslosigkeit wurde von den Unternehmern dazu benutzt, die Tarife zu kündigen, zu dem ausgesprochenen Zweck, einen Lohnabbau von 20 und mehr Prozent vorzunehmen. In der Berichtszeit waren 13 Verträge abgelaufen, die sämtlich wieder erneuert wurden. Die Lohnbewegungen verteilten sich auf 848 Betriebe. Beteiligt waren 9605 Personen. Die Unternehmer sind mit ihren Abbauplänen nicht auf ihre Rechnung gekommen. Bei einigen Gruppen wurden Verbesserungen erzielt, die darin bestehen, daß der Ueberstundenzuschlag von 15 auf 25 Proz., der Kraftfahrerszuschlag von 10 auf 12 Proz. erhöht wurde. Die geplante Verschlechterung bezüglich der Sonntagsbezahlung von 50 auf 25 Proz., sowie der Ferienabbau von 12 auf 9 Arbeitstage wurde unterbunden. Bei dem Kranken- und Erziehungspflegerpersonal der sächsischen Staatsanstalten wurde eine Ferienverlängerung sowie die Unkündbarkeit nach zehnjähriger Beschäftigung erreicht. In den Gemeindebetrieben ist ein Lohnabbau von 6 Proz. eingetreten, soweit die Arbeitszeit auf 45 Stunden gekürzt wurde, verblieb es bei dem alten Lohnsatz, 312 Rechtschussfälle standen im 1. Quartal zur Erledigung. Hiervon wurden 177 Sachen erledigt und zwar 90 mit einem vollen Erfolg, in 18 Fällen wurde ein Teilerfolg erzielt, 29 Fälle waren erfolglos, in 5 Fällen wurde der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zurückgezogen und in 35 Fällen haben Hauptkasse, Lokalkasse und die Rechtschuss- und Haftpflichtunterstützung (Fakulta) die Schadensersatzansprüche und die Kosten übernommen. Die Ausgaben für Rechtschuss betrugen 10 718 Mk., dabei sind die Kosten der auswärts geführten Prozesse nicht mit enthalten, indem die Verrechnung mit der Hauptkasse in Berlin direkt erfolgte. Bei den Kraftwagenführern entfiel im Jahre 1929 auf 5,9 Dienststunden ein Unfall, im Jahre 1930 bereits auf 5,7 Stunden. Diese Zahlen beweisen am besten, daß es dringend notwendig ist, daß bei den Kraftwagenführern eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt werden muß. Derretungen der Mitglieder an Arbeits- und Landesarbeitsgericht, sowie Amts- und Mietgericht erfolgten in 192 Fällen. Diese Tätigkeit war eine erfolgreiche. Tausende von Mark sind den Mitgliedern zugeflossen. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 20 966. Die Mitgliederzahl der „Rentka“ ist auf 719 angewachsen. Der Rechtschuss- und Haftpflichtversicherung „Fakulta“ gehörten 2347 Mitglieder an. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Kunze war zu entnehmen, daß eine Einnahme von 417 989,04 Mk. zu verzeichnen war, demgegenüber stand eine Ausgabe von 222 286,87 Mk., so daß am Schlusse des Quartals ein Lokalkassenbestand von 195 712,17 Mk. verblieb. An Unterstützungen an die Mitglieder wurden im 1. Quartal 116 512,58 Mk. zur Auszahlung gebracht, das sind 34,2 Proz. der gesamten Unterstützungssumme vom Jahre 1930. Kollege Streicher berichtete dann über die Tätigkeit des Ortsausschusses des ADGB. Nachdem Kollege Bich noch auf die anlässlich des Parteitagess der SPD. stattfindende Demonstration am 31. Mai 1931 aufmerksam gemacht und die Delegierten zur zahlreichen Beteiligung aufgefordert hatte, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Stuttgart. „Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Preise“, das waren die Forderungen der Delegierten-Generalversammlung des 1. Quartals 1931. Kollege Engelhardt erstattete den Geschäftsbericht. Hierzu nahm die Delegiertenversammlung nachstehende Resolutionen einstimmig an:

1. Die am 28. April 1931 tagende Delegierten-Generalversammlung des Gesamt-Verbandes, Ortsgruppenverwaltung Stuttgart, erhebt schärfsten Protest gegen die angekündigte Erhöhung des Brotpreises. Selbst eine Steigerung in ganz geringem Maße steht in schroffem Widerspruch zu dem allgemein durchgeführten Gehalts- und Lohnabbau und noch viel mehr zu der angekündigten Senkung der Lebensmittelpreise. Eine Steigerung des für die Arbeiterschaft allerersten Ranges Nahrungsmittels bringt naturgemäß eine Steigerung weiterer Nahrungsmittelpreise mit sich. Dies muß unter allen Umständen verhindert werden. Angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, der ebenso großen Zahl von Kurzarbeitern sowie der allgemein gekürzte Lohn und Gehalt der Arbeiterschaft und der unteren Beamten ist diese Ankündigung der Brotpreissteigerung eine Provokation der Konjunktur.

renden Bevölkerung schlimmer Art, die in ihrer Auswirkung zu einer weiteren Wirtschaftskatastrophe führen muß. Die Versammelten erwarten von den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden, insbesondere aber von den politischen Parteien des Reichstags und der Landtage, daß sie alles daransetzen, um die geplante Brotpreissteigerung zu verhindern. Verabreichung bzw. Befestigung der Lebensmittelzölle ist dringend erforderlich. — Die Versammelten fordern weiter den Verbandsvorstand auf, beim ADGB, ADH und IFA dahin zu wirken, daß durch die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften Mittel und Wege geschaffen werden, um den Kampf gegen die Preissteigerung erfolgreich durchzuführen zu können.

2. Die Delegierten-Generalversammlung protestiert gegen die von der württembergischen Regierung geplante Vorkörung der Wohnungszwangswirtschaft, weil damit ganz zweifellos eine Erhöhung der Mietpreise eintritt. Der in allen Berufsgruppen durchgeführte Lohn- und Gehaltsabbau verlangt gebieterisch Herabsetzung der Mieten. Senkung der Mietpreise kann und muß durchgeführt werden durch Gewährung und Bereitstellung von Vordarlehen zu billigen Zinssätzen.

Der vom Kollegen Hinderer gegebene Kassenbericht spiegelt ein Bild gesunder Finanzgebarung. Im Monat März erfolgte aus örtlichen Mitteln eine Sonderunterstützung der erwerbslosen Mitglieder. Mit einem kräftigen Appell zur Mitarbeit und Stärkung der Organisation wurde die von rund 140 Delegierten besuchte Mitgliederversammlung geschlossen.

RUNDSCHAU

Die Folgen des Lohnabbaues. Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Berechnung angestellt über den Rückgang des Arbeitseinkommens im Jahre 1930. Danach ist das Gesamteinkommen aus Lohn und Gehalt in diesem Jahre um etwa 4 Milliarden Mark gesunken. Dieser Rückgang ist entstanden durch die im Laufe dieses Jahres stark gestiegene Arbeitslosigkeit und durch die Senkung des Lohnniveaus. Der Abbau der Löhne und Gehälter hat sich bisher noch nicht in vollem Umfange ausgewirkt, weil der Generalangriff auf die Löhne erst Ende des Jahres eingeleitet hat, die Lohnsenkung erst im letzten Viertel des Jahres in Erscheinung tritt. Bei nur gleichbleibender Arbeitslosigkeit wird sich im nächsten Jahre der Rückgang des Arbeitseinkommens, wenn dazu auch noch die Gehaltskürzung der Beamten kommt, recht kräftig bemerkbar machen. Die Folgen des Rückganges des Arbeitseinkommens sind ohne weiteres erklärlich. Es wird weniger gekauft, der Konsum geht zurück. Das Institut für Konjunkturforschung ist der Meinung, daß der mengenmäßige Kleinhandelsabsatz infolge dieser Schwächung des Arbeitseinkommens ganz erheblich zurückgegangen ist. Für Bekleidung soll der Rückgang 5 bis 6 Proz., für Hausrat 7 bis 8 Proz. betragen. Dieser geringe Umsatz hat natürlich auf die Industrie zurückgegriffen, die zu neuen Arbeiterentlassungen geschritten ist. Eindeutiger kann der Beweis nicht erbracht werden, daß die Senkung der Löhne und Gehälter sich verhängnisvoll auswirkt. Dadurch werden bestehende Arbeitsmöglichkeiten verstopft, Entlassungen finden statt, die Arbeitslosigkeit wird größer. Auch über die Preisbewegungen macht das Institut einige bemerkenswerte Feststellungen. Der bisherige Preisrückgang sei weit hinter dem Lohnabbau zurückgeblieben. Während die Weltmarktpreise infolge der rücklaufenden Tendenz der Rohstoffpreise im Laufe des Jahres 1930 um etwa 25 Proz. gesunken seien, sind die deutschen Inlandpreise nur um 6 Proz. zurückgegangen. Das Institut für Konjunkturforschung beurteilt den deutschen Preisrückgang noch sehr günstig. Sieht man sich den amtlichen Großhandelsindex an, so kommt man zu der Feststellung, daß der Rückgang bedeutend geringer ist. Aber selbst wenn diese Berechnung richtig ist, dann ergibt sich, daß die Preissenkung nicht mit der Lohnsenkung Schritt gehalten hat. Es steht einem Lohnabbau von 16 Proz. eine Preissenkung von 6 Proz. gegenüber. Der Rückgang des Gesamteinkommens, wenn man das Arbeitseinkommen auf 40 Milliarden Mark beziffert, beträgt 10 Prozent. Es ist also weder so noch so eine der Senkung der Kaufkraft entsprechende Preissenkung eingetreten.

Und so etwas nennt sich „Wirtschaft“! Bezeichnend für die Wirtschaft der Kartelle ist ein Vorfall, der von dem Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin berichtet wird. Verschiedene deutsche Firmen machten zur Ausschreibung des Stahlgerüsts ein Angebot, das durchschnittlich einen Preis von 1 Million Mark forderte. Die geringen Schwankungen in den Angeboten zeigten die Abhängigkeit der Firmen von den Eisenverbänden. Demgegenüber hat sich eine französische Firma verpflichtet, die Ausschreibung zum Preise von 700 000 Mk. auszuführen. Dabei soll nur Material aus deutschen Werken benutzt werden, das in Deutschland lagert, und für die Ausführung der Arbeiten sollen deutsche Arbeiter zu deutschen Tariflöhnen verwendet werden. Die französische Firma konnte ihr Angebot zu diesem Preise nur deshalb machen, weil

die deutsche Industrie ihr Eisen auf dem Weltmarkt — in diesem Fall also an die Konkurrenz-Firma — viel billiger liefert als im deutschen Inland. Merkwürdigerweise hat nun auf Rückfrage der Allgemeinen Ortskrankenkasse das Oberversicherungsamt verlangt, daß der Auftrag nur an deutsche Firmen zu vergeben ist, d. h. daß die von der Privatwirtschaft immer wieder angegriffenen Krankenkassen gezwungen werden, an deutsche Unternehmer rund 300 000 Mk. zu verschenken. Das Reichswirtschaftsministerium ist erfahrungsgemäß gegenüber diesen Mißständen taub; um so mehr muß die Öffentlichkeit immer wieder auf die Praktiken der Kartellwirtschaft und ihre hemmungslose Profitsucht hingewiesen werden.

Unternehmersvorschlüsse zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer denken sich die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sehr leicht. Im „Arbeitgeber“ müht sich ein Herr Wehemeyer ab, den Beweis dafür zu erbringen, daß durch Lohnsenkung die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann. Seine „Beweise“ sind so unsinnig, daß es sich nicht lohnt, darauf im einzelnen einzugehen. Der folgende Satz genügt, die Haltlosigkeit der ganzen Beweisführung zu erkennen:

„Wird die Lohnsenkung zusammen mit einer Steuer- und Lastensenkung von prozentual gleichem Ausmaße vorgenommen, so kann nach eingehender Berechnung von einer allgemeinen zehnprozentigen Lohnsenkung bereits unmittelbar durch Absatzsteigerung auf dem Inlandsmarkt eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um etwa 1 900 000 erwartet werden.“

Das wäre ein Rezept, wie man die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Schade nur, daß die Gewerkschaften eine solche Pferdekur nicht mitmachen können. Es ist nämlich zu erwarten, daß dann nicht 1,9 Millionen Arbeitslose vom Arbeitsmarkt verschwinden werden, sondern daß noch einmal so viel hinzukommen. Die Lohnsenkung gehört nicht zu diesem Rezept, davon liest man nichts, sie steht außerhalb des Unternehmerprogramms. — Auch der Direktor der DD-Bank, Wassermann, denkt mit der Lohnsenkung Deutschlands bessere Zukunft gefunden zu haben. Er schreibt:

„Fünf Millionen Menschen sind erwerbslos geworden, weil die Betriebe, kleine und große, ihnen keine Arbeit zu den bisherigen Bedingungen vermitteln können, und weil ein doktrinärer Sozialismus im Wege steht, durch entsprechend verminderten Lohn größeres Arbeitsquantum zu schaffen. Man will die Löhne nur in dem Maße herabsetzen, in dem sich die Lebenshaltung durch Preisentkung verbilligt, und sieht nicht, daß eine Senkung nur der Nominallohne, die sich lediglich im Außenhandel und auch da ungenügend auswirken würden, bei weitem nicht zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ausreicht.“

Also schlägt der Herr Direktor vor, daß die Lohnsenkung ohne Preisabbau vorgenommen wird.

Für ein neues Volkslied! Das Preisausschreiben des Sozialistischen Kulturbundes für ein einfaches, leicht verständliches, mitreißendes Lied hat eine über Erwartung lebhaft Resonanz gefunden. An die 600 Lieder sind eingesandt worden. Die Prüfungskommission, bestehend aus Walter Hänel (Arbeiter-Sängerbund), Klaus Pringsheim (Musikredakteur des „Vorwärts“), Hermann Reichenbach (Staatliches Seminar für Volks- und Jugendmusikpflege) und Heinz Thieszen (Akademische Hochschule für Musik) gibt jetzt das Prüfungsergebnis bekannt. Der größte Teil der Einsendungen war unbrauchbar. Es war überraschend festzustellen, wie weit noch das billige Klischee der Liedertafel und des Stammtischkantus verbreitet ist. Demgegenüber wurden die Verse ausgezeichnet, die in Form und Inhalt eine eigene Note suchen. Der Träger des 1. Preises, Ernst Lothar Knorr, Berlin, ist durch seine Arbeiten für die Jugendmusikbewegung bereits bekannt. Seine beiden preisgekrönten Lieder: „Bei Sonne in Nächten“ (Grünbaum) und „Mein Vater geht auf das Hammerwerk“ (Mellen) zeigen eine so klare Faktur, daß ihre Melodie sehr bald im Gedächtnis haften bleibt. Ebenso wie Knorr gelingt es dem 2. Preisträger, Hans Ziegler, Tübingen, eine einstimmige Melodie von solcher Kraft zu schaffen, daß sie ohne Begleitung dem Ohr aenigt: „Das hohe Lied der Arbeit“ (Schönlank) und „Ungezähle Hände sind bereit“ (Bröger). Das Lied „Weißt du, um was es geht?“ des 3. Preisträgers Kurt Manschinger, Augsburg, verlangt demgegenüber die Stütze einer tanzartigen Begleitung. Doch hat die Melodie eine so selbstverständliche, volkstümliche Frische, daß sie die Auszeichnung verdient. Außer diesen drei Preisträgern sind noch einige Lieder mit einer Anerkennung ausgezeichnet worden, weil sie besonders eigenartige Lösungen bieten. So vereint Paul Lacroix, Düsseldorf, in kühner Antinomie einen pazifistisch-sozialistischen Text mit einer schmissigen Salsagermelodie, die niemanden mehr losläßt, der sie einmal gehört hat. Umgekehrt macht Karl Meinberg, Hannover, den ebenso kühnen Versuch, in der alten pentatonischen Tonart einen sozialistischen Choral zu schreiben und Hermann Wunsch, Berlin, schreibt einen Friedenshymnus in einfacher volkstümlicher Weise. Es wird sich nun zeigen, wie weit die preisgekrönten Lieder tatsächlich Allgemeingut werden.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelstraße 14
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schleißer Straße 42